

Stadt Braunschweig

| | | | |
|---|------------------------|--------------------------------------|---|
| | | TOP | |
| Der Oberbürgermeister Sozialreferat 0500.10 | Drucksache 10779/10 | Datum 21. April 10 | |
| Mitteilung | | Beteiligte FB /Referate /Abteilungen | |
| Beratungsfolge | | Sitzung | |
| | Tag | Ö | N |
| Ausschuss für Integrationsfragen | 21. April 10 | X | |

Überschrift, Sachverhalt

Sachstand Kommunalwahlrecht für Migrantinnen und Migranten und Stärkung der Mitwirkungsrechte für alle Migrantinnen und Migranten

Zu dem Interfraktionellen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und BIBS betreffend „Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten“ und zu dem Antrag der CDU Ratsfraktion „Stärkung der Mitwirkungsrechte für alle Migrantinnen und Migranten“ gebe ich dem Ausschuss für Integrationsfragen das bisherige Verfahren zur Kenntnis:

Die aufgrund der o. g. Anträge gefassten Ratsbeschlüsse sowie die Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrechts wurden am 6. April 2010 gesandt an:

- Herrn Bundesminister Dr. Thomas de Maizière, Bundesministerium des Innern (s. Anlage 1).
- Die Beantwortung des Bundesministerium des Innern vom 16-4-2010 füge ich bei (s. Anlage 2)

Der Ratsbeschluss „Stärkung der Mitwirkungsrechte für alle Migrantinnen und Migranten“ wurde am 6. April 2010 gesandt an den

- Niedersächsischen Städtetag, Hauptgeschäftsführer Heiger Scholz, Hannover (Anlage 3) und an den
- Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Hermann Dinkla, Hannover (Anlage 4)

i. V.



Markurth